



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 17.11.2015

Niederschrift

über die **12. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 27.10.2015, 16:02 Uhr bis 18:42 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

1. Stellv. Vorsitzende

Frau Susana dos Santos Herrmann SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Reinhard Houben	FDP	
Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	
Herr Dirk Michel	CDU	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	(bis 18.30 Uhr)
Herr Lino Hammer	GRÜNE	
Frau Marion Heuser	GRÜNE	
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stefan Götz	CDU	(für RM van Benthem)
Herr Jürgen Kircher	SPD	(für SB Ott)
Frau Svenja Rabenstein	GRÜNE	(für RM Wolter)

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 - 12 Gemeindeordnung NRW

Herr Thomas Hegenbarth PIRATEN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Jörg Klusemann	SPD	
Frau Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker	CDU	
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	

Herr Markus Graf	GRÜNE
Herr Joachim Schalke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Frau Gunda Wienke	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Andreas Feld	auf Vorschlag der FDP
Herr Ralph Köhler	auf Vorschlag der CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22, 23, 23a oder 23 b der Hauptsatzung

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN (bis 18.30 Uhr)
Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dieter Pannecke	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Frau Ricarda Mauksch	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Cornelia Müller	Bauverwaltungsamt
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
--------------------	--

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Andreas Wolter	GRÜNE
-----------------------------------	-------

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann eröffnet die 12. Sitzung des Verkehrsausschusses in dieser Wahlperiode und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt sie mit, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- 1.1 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 22.10.2015 betr.
Bekannt die KVB anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2016 Farbe?
AN/1589/2015
- 1.2 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 22.10.2015 betr.
Temporäre Spielstraßen?
AN/1590/2015
- 2.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP sowie der Gruppen Piraten und Deine Freunde vom 23.10.2015 betr.
Verkehrssicherheit für Radfahrende: Aufhebung der Radwegenutzungspflicht - Umsetzung in Köln
AN/1614/2015
Tischvorlage
- 2.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP sowie der Gruppen Piraten und Deine Freunde vom 26.10.2015 betr.
Pilotprojekt „Rechtsabbiegen bei roter Lichtsignalanlage für Radfahrer und Radfahrerinnen in Köln“
AN/1619/2015
Tischvorlage
- 4.3 Kurzzeitparkplätze und Errichtung von Fahrradabstellanlagen am Breslauer Platz
3248/2015
Tischvorlage
- 5.7 Sanierung des Offenbachplatzes und Umgestaltung der umliegenden Straßen, hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 -Straßen, Wege, Plätze- bei der Umgestaltung der Straßen um das Opernhaus, Finanzstelle 6601-1201-1-1042
2953/2015
Tischvorlage

- 6.2 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens zur Durchführung des Weihnachtsverkehrs 2015
mündliche Nachfrage von RM Hammer in der Sitzung am 25.08.2015; TOP 4.9
2991/2015
- 6.3 Baumaßnahme Kämpchenshof
hier: mündliche Anfrage der SE Wienke in der 11. Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.09.2015
3042/2015
- 6.4 Anfrage zum Stand der Grundstücksverhandlungen an der Brücke Weinsbergstraße
1810/2015
- 6.5 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zum Sachstand zu den Bahnsteiganhebungen der Linie 13 aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 25.08.2015
2974/2015
- 6.6 Anforderungsampeln
hier: Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.09.2015, TOP 1.2
3082/2015
- 6.7 Pilotversuch: Rechtsabbiegen bei Rot für Radfahrer?
hier: Anfrage der Gruppe Piraten zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.09.2015, TOP 1.3
3091/2015
- 7.3 Luftreinhalteplan Köln - EU-Vertragsverletzungsverfahren NO2
2951/2015
- 7.4 Planfeststellungsverfahren für den Bau einer Abstellanlage der KVB AG für Stadtbahnfahrzeuge in Köln-Weidenpesch
3104/2015
- 7.5 Änderung des Bundesfernstraßengesetzes, Priorisierung Neubau Leverkusener Brücke
2631/2015

7.6 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2015
3013/2015

7.7 ÖPNV-Bedarfsplan 2017 des Landes NRW
hier: Bedarfsplan-Anmeldungen der Stadt Köln
3252/2015

Tischvorlage

Zu TOP

5.5 Baubeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Haltestelle Vingst mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2015 bei Finanzstelle 6903-1202-8-7114, Hst. Vingst - Einbau von Aufzügen
1788/2015

liege zudem eine neue Stellungnahme mit einem geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung als **Tischvorlage** vor.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von Sachkundigen Bürgern und Einwohnern

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 22.10.2015 betr.
Bekannt die KVB anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2016 Farbe?
AN/1589/2015

1.2 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 22.10.2015 betr.
Temporäre Spielstraßen?
AN/1590/2015

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP sowie der Gruppen Piraten und Deine Freunde vom 23.10.2015 betr.
Verkehrssicherheit für Radfahrende: Aufhebung der Radwegenutzungspflicht - Umsetzung in Köln
AN/1614/2015
- 2.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP sowie der Gruppen Piraten und Deine Freunde vom 26.10.2015 betr.
Pilotprojekt „Rechtsabbiegen bei roter Lichtsignalanlage für Radfahrer und Radfahrerinnen in Köln“
AN/1619/2015

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

- 3.1 Verkehrsgutachten Zülpicher Straße
hier: Anregungen der Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal
1462/2015
- 3.2 Verbesserungen im Angebot der Stadtbahnlinie 13
2337/2015

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Abriss der Brücke Posadowskystraße
3214/2014
- 4.2 Öffnung von Fußgängerzonen für den Radverkehr
1043/2015

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015
AN/1261/2015
- 4.3 Kurzzeitparkplätze und Errichtung von Fahrradabstellanlagen am Breslauer Platz
3248/2015

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Umsetzung von Gewässerentwicklungsmaßnahmen am Flehbach, Kurtenwaldbach und an der Strunde
1468/2015

- 5.2 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Drehbrücke Deutzer Hafen
Planungsleistungen für die Generalsanierung
2150/2015
- 5.3 Haltestelle Lohsestraße; Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss für den
Einbau von Aufzügen, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-5-7112, Hst. Lohsestr. -
Einbau von Aufzügen
3064/2014
- 5.4 248. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln
vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1
Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2768/2015
- 5.5 Baubeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Haltestelle Vingst mit
gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2015 bei Finanzstelle 6903-1202-8-7114, Hst. Vingst -
Einbau von Aufzügen
1788/2015
- 5.6 Planung einer Lärmschutzwand am Baugebiet Josef-Kallscheuer-Straße in
Köln-Sürth - außerplanmäßige Auszahlung im Teilfinanzplan 1202 - Brücken,
Tunnel- Stadtbahn ÖPNV im Haushaltsjahr 2015
0254/2015
- 5.7 Sanierung des Offenbachplatzes und Umgestaltung der umliegenden Straßen, hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in
Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan
1201 -Straßen, Wege, Plätze- bei der Umgestaltung der Straßen um das
Opernhaus, Finanzstelle 6601-1201-1-1042
2953/2015
- 6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 6.1 Fußgänger- und Radfahrerquerung Tel-Aviv-Straße und Perlengraben
hier: Anfrage der FDP Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am
22.09.2015,
TOP 1.1
2838/2015
- 6.2 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens zur Durchführung
des Weihnachtsverkehrs 2015
mündliche Nachfrage von RM Hammer in der Sitzung am 25.08.2015; TOP
4.9
2991/2015

- 6.3 Baumaßnahme Kümpchenshof
hier: mündliche Anfrage der SE Wienke in der 11. Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.09.2015
3042/2015
- 6.4 Anfrage zum Stand der Grundstücksverhandlungen an der Brücke Weinsbergstraße
1810/2015
- 6.5 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zum Sachstand zu den Bahnsteiganehebungen der Linie 13 aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 25.08.2015
2974/2015
- 6.6 Anforderungsampeln
hier: Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.09.2015, TOP 1.2
3082/2015
- 6.7 Pilotversuch: Rechtsabbiegen bei Rot für Radfahrer?
hier: Anfrage der Gruppe Piraten zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.09.2015, TOP 1.3
3091/2015
- 7 Mitteilungen der Verwaltung**
- 7.1 Stadtentwicklungskonzept Logistik (StEK Logistik) -
Teil 1: Analyse, Trends, Handlungsempfehlungen
Kurzfassung des Schlussberichts
2600/2015
- 7.2 Stadt und Handwerkskammer unterzeichnen Mittelstandsinitiative
2947/2015
- 7.3 Luftreinhalteplan Köln - EU-Vertragsverletzungsverfahren NO2
2951/2015
- 7.4 Planfeststellungsverfahren für den Bau einer Abstellanlage der KVB AG für
Stadtbahnfahrzeuge in Köln-Weidenpesch
3104/2015
- 7.5 Änderung des Bundesfernstraßengesetzes, Priorisierung Neubau Leverkusener Brücke
2631/2015
- 7.6 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2015
3013/2015

- 7.7 ÖPNV-Bedarfsplan 2017 des Landes NRW
hier: Bedarfsplan-Anmeldungen der Stadt Köln
3252/2015

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Kreisverkehr Leuchterstraße/Dünnwalder Mauspfad
Mündliche Anfrage der stellv. Vorsitzenden des Santos Herrmann
- 8.2 Teilnahme des Baustellenmanagers an einer Sitzung des Verkehrsausschusses
Mündliche Anfrage des RM Michel

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von Sachkundigen Bürgern und Einwohnern

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 22.10.2015 betr. Bekannt die KVB anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus 2016 Farbe? AN/1589/2015

Herr Höhn, Vertreter der KVB, weist darauf hin, dass sich die KVB grundsätzlich an vielen derartigen Aktionen beteilige; in wie weit hier eine Beteiligung erfolge, werde derzeit noch geprüft. Er werde zu gegebener Zeit berichten.

1.2 Anfrage der Piraten-Gruppe vom 22.10.2015 betr. Temporäre Spielstraßen? AN/1590/2015

RM Hegenbarth weist darauf hin, dass das Landesministerium bereits eine entsprechende Broschüre herausgegeben habe.

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP sowie der Gruppen Piraten und Deine Freunde vom 23.10.2015 betr. Verkehrssicherheit für Radfahrende: Aufhebung der Radwegenutzungspflicht - Umsetzung in Köln AN/1614/2015

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten,

1. zügig die Radwegenutzungspflicht aufzuheben, wo nicht aufgrund einer qualifizierten Gefahrenlage eine Radwegenutzungspflicht angeordnet werden muss, und somit den Radfahrenden durch Abnahme der blauen Schilder an den Radwegen die Wahlfreiheit zu geben, entweder den Radweg oder die Straße zu benutzen. Anhand vorhandener Daten soll die Verwaltung dem Verkehrsausschuss eine Liste der Sofortmaßnahmen sowie der Wege vorlegen, die erst nach weitergehenden Maßnahmen von der Benutzungspflicht ausgenommen werden können.

2. schnellst möglich die Radwegnutzungspflicht an den Ringen – hier auch im Zusammenhang mit der im Radverkehrskonzept Innenstadt geplanten shared-bike-lane – aufzuheben. Radfahrende sollen hier selbst entscheiden können, ob sie auf der Straße fahren oder den Radweg nutzen.
3. bei freilaufenden Rechtsabbiegern – insbesondere bei stark befahrenen Straßen – geeignete Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**2.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP sowie der Gruppen Piraten und Deine Freunde vom 26.10.2015 betr.
Pilotprojekt „Rechtsabbiegen bei roter Lichtsignalanlage für Radfahrer und Radfahrerinnen in Köln“
AN/1619/2015**

Beschluss:

Die Stadt Köln setzt sich beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bzw. beim Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen dafür ein, ein Pilotprojekt „Rechtsabbiegen bei roter Lichtsignalanlage für Radfahrer und Radfahrerinnen in Köln“ in die Wege zu leiten. Als Vorbild eignet sich z. B. das seit 2013 durchgeführte Pilotprojekt in Basel. Darüber hinaus könnten aber auch verschiedene Ansätze wie der Grünpfeil (StVO-Zeichen 720) – ein Verkehrszeichen nach niederländischem Vorbild – oder generelle Freigaben sowie andere Möglichkeiten getestet werden.

Ein erster Bericht über den Sachstand wird dem Verkehrsausschuss im ersten Quartal 2016 vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

**3.1 Verkehrsgutachten Zülpicher Straße
hier: Anregungen der Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal
1462/2015**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, fasst kurz die Beratungen und abweichenden Beschlüsse der Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal zusammen.

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann bekräftigt für die SPD-Fraktion ihr Votum aus der Sitzung am 25.08.2015. Dennoch möchte sie ihre Irritation über die Bezirksvertretung Innenstadt äußern, die die Thematik unerwarteter Weise erweitert und zudem die simple Einrichtung einer Ferienbaustelle als Verkehrsversuch tituliert und eine entsprechende Auswertung vorgenommen habe. Dem politischen Miteinander sei diese Vorgehensweise, dieser Stil nicht förderlich. Ihre Fraktion stimme nun der versuchsweisen Sperrung – nach einer Verkehrszählung und Erhebung des Status quo –

zu. Sollte sich die Sperrung als problematisch erweisen, werde die Verwaltung jedoch gebeten, den Verkehrsversuch sofort abzubrechen und zunächst eine Untersuchung vorzunehmen.

Seitens der CDU-Fraktion werben die RM Michel und Blömer-Frerker um Zustimmung zum Votum der Bezirksvertretung Lindenthal.

RM Hammer schließt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vollumfänglich den Ausführungen von Frau dos Santos Herrmann an und schlägt vor, die Abstimmung im Sinne der Bezirksvertretung Lindenthal vorzunehmen.

Auch RM Weisenstein signalisiert Zustimmung zu diesem Vorschlag.

RM Houben hingegen lehnt die in Rede stehende Maßnahme ab. Es sei aus Sicht der FDP-Fraktion der falsche Ansatz, ohne eine vorherige Prüfung der Verkehrssituation durch die Fachverwaltung den Einschätzungen der Bezirksvertretungen zu folgen und die Zülpicher Straße zu sperren. Hieran ändere auch die von der SPD-Fraktion geforderte Einschränkung nichts. Unstrittig sei, dass sowohl die Luxemburger als auch die Bachemer Straße stärker belastet werden. Dies müsse jedoch vorher untersucht werden und nicht nachher. Grundsätzlich sei seine Fraktion nicht gegen eine Sperrung der Zülpicher Straße; allerdings plädiere er für den Verwaltungsvorschlag.

Frau dos Santos Herrmann räumt ein, dass ihre Fraktion zunächst auch etwas skeptisch gewesen sei. Allerdings habe es eine Einschätzung des ADAC gegeben, nach der diese Sperrung nicht problematisch sei, sofern der Verkehr über andere Straßen fließen könne. Sie vertraue dieser Einschätzung, da das in Rede stehende Teilstück der Zülpicher Straße eher wenig frequentiert sei und die Verlagerung von Verkehren daher gering sein werde. Die Verwaltung werde die Sperrung sicherlich gut vorbereiten und könne dann nach einem Zeitraum von ca. 2-3 Monaten von den Erfahrungen berichten. Ggf. könne und müsse dann nachgesteuert werden.

RM Blömer-Frerker rät von einem einschränkenden Beschluss ab; damit werde ein Teil der Evaluierung vorweggenommen und könne aus ihrer Sicht auf den Prozess der Akzeptanz abfärben. Sie plädiere für eine uneingeschränkte Übernahme des BV 3-Beschlusses.

SE Graf weist auf den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt hin und bittet den hiesigen Ausschuss, Ziffer 5 des dortigen Beschlusses zu übernehmen.

An Frau Blömer-Frerker gerichtet betont RM Hammer, dass die Einschränkung dem BV 3-Beschluss nicht zuwider laufe, da diese auch einen Zeitraum von drei Monaten für den Verkehrsversuch beschlossen habe.

Auf Nachfrage der RM Weisenstein und Houben legt Herr Harzendorf erneut dar, dass die Verwaltung eine vorherige Verkehrsuntersuchung für sinnvoller erachte als die sofortige Sperrung. Den heutigen Beschluss verstehe er so, dass die Verwaltung die Situation genau beobachten und bei einer Eskalation unverzüglich auf den hiesigen Ausschuss zukommen solle. In welcher Weise die Sperrung technisch umgesetzt werde, könne er noch nicht sagen. Reine Beschilderungsmaßnahmen seien sicherlich wirkungslos.

Ziff. 5 des Beschlusses der Bezirksvertretung Innenstadt werde die Verwaltung sinnvoller Weise erst nach dem Verkehrsversuch aufgreifen und prüfen können.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schlägt stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann vor, den Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal zu übernehmen. Die

Verwaltung werde gebeten, zudem die heutigen Diskussionsbeiträge und Hinweise zu berücksichtigen.

Geänderter Beschluss:

1. In Anlehnung an die Beschlüsse der Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal beauftragt der Verkehrsausschuss die Verwaltung, **unter Berücksichtigung der heutigen Diskussionsbeiträge** einen praktischen Verkehrsversuch durch Sperrung der Zülpicher Straße im Abschnitt zwischen Dasselstraße und Wilhelm-Waldeyer-Straße durchzuführen. Dieser Versuch soll zügig und mindestens während 3 Monaten und nicht während einer vorlesungsfreien Zeit stattfinden.
2. Es wird eine Evaluation des Verkehrsversuchs durchgeführt. Dazu erfolgt eine „Status-Quo-Erhebung“ auf den umliegenden Straßen vor der Sperrung sowie eine Zählung des Rad- und Autoverkehrs auf der Zülpicher Straße wie den umliegenden Straßen während des Versuches, um die Verlagerungseffekte darstellen zu können.
3. Nach einer Bürgerinformation stellt die Verwaltung **den betroffenen Gremien** die Ergebnisse der Evaluierung vor. **Der Verkehrsausschuss** wird dann eine Bewertung und abschließende Entscheidung zur Zülpicher Straße treffen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

3.2 Verbesserungen im Angebot der Stadtbahnlinie 13 2337/2015

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag vom Grundsatz her heute zustimmen könne. Sie sehe jedoch auch die Veränderung in den Verkehrsbeziehungen und der Nutzung der Linie 13, nicht nur im Berufsverkehr sondern auch im Freizeit- und Wochenendverkehr. Von daher schlage sie vor, mittelfristig – gerne zum Fahrplanwechsel 2016/2017 – eine Verbesserung dahingehend vorzunehmen, dass eine bedarfsgerechte Ergänzung von 1-2 zusätzlichen Bahnen im Nachtverkehr erfolgt.

SE Blömer-Frerker räumt ein, dass es sich hier um einen sehr ambitionierten Beschluss der Bezirksvertretung handele. Sie könne die Argumentation der Verwaltung auch durchaus nachvollziehen; dennoch bitte sie zu bedenken, dass sich bei einem unzureichenden Angebot auch keine Nachfrage entwickeln könne. Das Potenzial sei sehr wohl durch Partygänger, Angestellte der Unikliniken im Schichtbetrieb und die künftigen Anwohner der Parkstadt-Süd vorhanden.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kann sich RM Hammer den Ausführungen seiner Vorrednerinnen im Wesentlichen anschließen. Insbesondere die Achse Mülheim-Ehrenfeld werde nach seiner Einschätzung künftig stark an Bedeutung gewinnen. Er könne sich vorstellen, den 10-Minuten-Takt nach vorne zu verschieben, um zumindest in den früheren Morgenstunden eine Verbesserung zu erreichen.

RM Weisenstein führt aus, dass die Einführung eines Nachttaktes auf der Linie 13 nur dann Sinn mache, wenn er mit den restlichen Nachttakten gleichwertig, d.h. Umsteigemöglichkeiten bzw. Anschlüsse an allen Verknüpfungspunkten vorhanden seien. Hier müsse die Verwaltung nochmals intensiv prüfen und planen.

RM Houben wendet ein, dass Nachtschwärmer über die Innenstadt alternativ auch die Linien 16 oder 18 erreichen können und das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei einer Verbesserung der Linie 13 kritisch hinterfragt werden müsse.

Frau Mauksch, Vertreterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, weist darauf hin, dass sich die Verwaltung vor dem Hintergrund der angesprochenen Veränderungen das Verkehrsaufkommen der Linie 13 im kommenden Jahr erneut anschauen werde. Auch ein Vorziehen des 10-Minuten-Taktes werde sie prüfen. Die Verwaltung werde dem hiesigen Ausschuss anschließend berichten.

Ergänzend geht Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, nochmals kurz auf die Argumente in der Verwaltungsvorlage ein und erläutert, dass es für eine Einbindung in den Nachtverkehr zu viele Verknüpfungspunkte – ca. 15-20 - auf der Linie 13 gebe. Insofern gebe er Herrn Houben recht, dass es in der Regel günstiger sei, in die Innenstadt zu fahren und dort das Rendezvoussystem zu nutzen. Ein Rendezvoussystem mit der Linie 13 sei nicht möglich. Die heute eingebrachten Hinweise und Anregungen nehme er jedoch gerne mit.

RM Hammer merkt an, dass kleinere Änderungen/Verbesserungen - wie beispielsweise das Vorziehen des 10-Minuten-Taktes - durchaus auch unterjährig und außerhalb des Fahrplanwechsels erfolgen könnten.

RM Weisenstein greift die Ausführungen von Herrn Höhn zum Rendezvoussystem auf und wirft die Frage auf, ob alternativ eine bessere Verknüpfung der Linie 13 mit den S-Bahnen und den Regionalzügen erfolgen könne.

Stellv. Vorsitzende des Santos Herrmann fasst die Diskussion kurz zusammen und lässt dementsprechend abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss spricht sich gegen die Ausweitung des Fahrplanangebots der Linie 13 aus.

Verwaltung und KVB werden jedoch gebeten,

nach ca. ½ bis ¾ Jahr eine erneute Einschätzung vorzunehmen, ob und welche Veränderungen auf der Linie 13 zum übernächsten Fahrplanwechsel möglich sind und mögliche kleinere Veränderungen unterjährig vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Abriss der Brücke Posadowskystraße 3214/2014

SE Czernik regt an, dem Votum der BV Mülheim zu folgen.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, weist darauf hin, dass der Verkehrsausschuss damit einen Freibrief ausstellen würde, da für eine alternative Querungsmöglichkeit durchaus Kosten in sechsstelliger Höhe anfallen können. Zudem sei es möglich, dass diese von der Technischen Aufsichtsbehörde nicht ge-

nehmigt werde. Er schlage dem Ausschuss daher vor, den Beschluss der Bezirksvertretung zunächst als Prüfauftrag zu formulieren.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss der Stadt Köln stimmt dem Abriss der Fußgängerbrücke Posadowskystraße bei Gesamtkosten in Höhe von rund 84.000 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung. Die benötigten Mittel in Höhe von rund 84.000,00 Euro sind im Rahmen der Haushaltsplanung 2015 incl. der Finanzplanung 2016 bis 2018 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen; im Haushaltsjahr 2015 berücksichtigt.

Die Verwaltung wird zudem gebeten zu prüfen, ob an gleicher Stelle eine alternative Querungsmöglichkeit eingerichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.2 Öffnung von Fußgängerzonen für den Radverkehr 1043/2015

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 20.08.2015 AN/1261/2015

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, stellt anhand eines digitalen Planes (vgl. hierzu Anlage 1.1 zur Vorlage) den beim gestrigen Ortstermin vereinbarten Kompromiss zum ursprünglichen Verwaltungsvorschlag vor.

RM Houben teilt mit, dass die FDP-Fraktion dem zu Folge ihren Änderungsantrag zurückzieht.

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann und RM Michel teilen für ihre Fraktionen Zustimmung zum Kompromiss mit. RM Michel betont jedoch noch einmal, dass die Ladenschlusszeiten im Auge behalten werden müssen.

Auch RM Hammer ist erfreut, dass man hier einvernehmlich zu einer sehr guten Lösung – insbesondere für den Heinrich-Böll-Platz – gekommen sei. Dass das Domgässchen nun nicht sofort für den Radverkehr freigegeben werde, sei etwas bedauerlich; aber auch hier sei eine akzeptable Alternative gefunden worden.

RM Weisenstein hingegen spricht sich für die Öffnung des Domgässchens aus und bittet um Abstimmung; der Argumentation der Verwaltung könne er sich nicht anschließen.

1. Beschluss (mündlicher Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln):

Das Domgässchen wird für den Radverkehr geöffnet.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt gegen die Fraktion Die Linke.Köln

2. Beschluss (modifizierter Verwaltungsvorschlag, mündlich ergänzt):

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Fußgängerzonen gemäß neuer Anlage 1.1 für den Radverkehr zu öffnen:

1. Die Hohe Straße und die Schildergasse/Gürzenichstraße inklusive der jeweiligen Anschlüsse soll täglich in der Zeit von 20.00 – 11.00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen ganztägig für den Radverkehr geöffnet werden.

1.1 Folgende zuführende Fußgängerzonenteilstücke zur Hohe Straße bzw. Schildergasse sollen ganztägig geöffnet werden:

- An St. Agatha/Ludwigstraße
- Brückenstraße/Obenmarspforten
- Minoritenstraße/Große Budengasse

2. Die Radverkehrsverbindung Roncalliplatz – Hohenzollernbrücke (mit Ausnahme der Fläche auf dem Heinrich-Böll-Platz nördlich der Schiene) soll ganztägig geöffnet werden.

2.1 Es sollen Verhandlungen mit der Philharmonie geführt werden, die mobile Absperrung des Heinrich-Böll-Platzes während der Proben und der Veranstaltungen in der Philharmonie um einige Meter nach Süden zu versetzen, so dass genügend Raum für den Radverkehr besteht.

3. Auf dem Roncalliplatz wird der Radfahrer ausschließlich südlich um das Römisch Germanische Museum zur Straße Am Hof geführt, so dass große Teile des Roncalliplatzes radfahrerfrei bleiben können.
4. Die Radverkehrsverbindung An der Rechtsschule - Trankgasse soll ganztägig für den Radverkehr geöffnet werden (Bereich 3).
5. Die Radverkehrsverbindung Roncalliplatz – Wallraf-Platz – An der Rechtsschule soll ganztägig für den Radverkehr geöffnet werden (Bereich 4).

Die Verwaltung wird zudem gebeten, die Entwicklung rund um das Domgässchen und die Akzeptanz der Streckenführung im Bereich des Roncalliplatzes zu beobachten und zu gegebener Zeit zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.3 Kurzzeitparkplätze und Errichtung von Fahrradabstellanlagen am Breslauer Platz 3248/2015

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet über den durchgeführten Ortstermin und verdeutlicht die Absichten der Verwaltung anhand eines digitalen Planes; im Nachgang zum Ortstermin wurde seitens der Bezirksvertretung Innenstadt auch die entsprechende Dringlichkeitsentscheidung unterschrieben.

SE Wienke zeigt sich unzufrieden mit der Situation der Taxis – auch auf dem Bahnhofsvorplatz - und regt nachdrücklich an, hier den konkreten Bedarf zu ermitteln.

RM Houben lehnt die vorliegende Planung in Gänze ab. Die Verwaltung befinde sich mit den Busunternehmen noch in einem laufenden Gerichtsverfahren, von daher sollten heute noch keine Tatsachen geschaffen und Geld ausgegeben werden.

Herr Harzendorf teilt mit, dass sowohl auf dem Breslauer Platz als auch auf dem Bahnhofsvorplatz der Bedarf nur anhand von Zählungen ermittelt werden könne. Wenn dies gewünscht sei, werde die Verwaltung eine Erhebung vornehmen und anschließend berichten.

Weiterhin weist er insbesondere an Herrn Houben gerichtet darauf hin, dass man sich bei der Gerichtsverhandlung sehr lange und intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt habe und die Aussagen der Richterin mehr als klar und deutlich gewesen seien; insofern sei es fraglich, ob die 2. Instanz überhaupt angerufen werde. Zudem könne dies aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht abgewartet werden.

RM Weisenstein betont, dass er sich vehement gegen die Verlagerung des Fernlini-enbusbahnhofes ausgesprochen habe. Nun, da der Rat jedoch anders entschieden habe, müsse er die Gegebenheiten akzeptieren und von daher stimme er der Vorlage zu; wenngleich auch er eine Dringlichkeitsentscheidung in dieser Sache etwas unglücklich finde.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des beigefügten Lageplanes mit der sofortigen Einrichtung weiterer Kurzzeitplätze („Kiss & Ride“) und der Errichtung von Fahrradabstellanlagen auf den Flächen des Breslauer Platzes, die durch die Verlagerung des Fernbus-Terminals an den Flughafen Köln/Bonn am 28.10.2015 frei werden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Umsetzung von Gewässerentwicklungsmaßnahmen am Flehbach, Kurtenwaldbach und an der Strunde 1468/2015

RM Noack berichtet, dass hierzu aufgrund einiger Unklarheiten ein Termin mit den StEB und auch dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen stattgefunden habe. Zur Maßnahme an der Strunde, STR 1b, habe man sich darauf verständigt, eine Bürgerinformation durchzuführen; dies sei in der gestrigen Sitzung von der Bezirksvertretung Mülheim auch beschlossen worden.

Bei der Maßnahme STR 19 handele es sich um den Bau einer Fischtreppe mit Kosten i.H.v. 140.000 €; hiervon müssen ca. 28.000 € von der Stadt Köln getragen werden. Die Strunde sei ein Bach, der im Prinzip in der Kanalisation ende. Die vorhandenen Fische seien Standort gebunden, die angrenzenden Biotope seien eigenständig und können auch ohne Fischtreppe existieren. Die von den StEB geplante Maßnahme sei daher sinnlos; das Geld sollte vielmehr für die Vernichtung des asiatischen Springkrautes verwendet werden. Er rege an, sich zur Maßnahme STR 1b dem Votum der BV Mülheim anzuschließen und Maßnahme STR 19 aus dem Konzept herauszunehmen.

Nach kurzer Diskussion über die weitere Vorgehensweise verständigt sich der Ausschuss darauf, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen und den Diskussionsbeitrag den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt und Grün zur Kenntnis zu geben.

- Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

5.2 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Drehbrücke Deutzer Hafen Planungsleistungen für die Generalsanierung 2150/2015

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

5.3 Haltestelle Lohsestraße; Planungs- und Bedarfsfeststellungsbeschluss für den Einbau von Aufzügen, sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-5-7112, Hst. Lohsestr. - Einbau von Aufzügen 3064/2014

RM Hammer spricht die Standorte der Aufzüge auf Fahrebene an. Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ergeben sich hierdurch Angsträume. Er bittet um Mitteilung, ob Alternativen wie beispielsweise Schrägaufzüge geprüft worden seien. Zudem befinde sich ein Aufzug mitten auf dem stadtauswärts führenden Radweg; hier rege er an, den Radfahrer frühzeitig auf die Straße zu führen, um kein Konfliktpotenzial aufkommen zu lassen. Abschließend bittet er die Verwaltung, dem Ausschuss eine aktuelle Prioritätenliste zur Verfügung zu stellen.

SE Fahlenbock möchte wissen, warum die in Rede stehende Maßnahme vorgezogen wurde; auf der letztbekannten Prioritätenliste stünden der Barbarossaplatz, der Friesenplatz mit wesentlich mehr Fahrgästen sowie drei weitere Haltestelle auf der Linie 13 vor der Lohsestraße.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, führt zunächst aus, dass sich die Standorte im Wesentlichen durch die Architektur und die Geometrie der Fahrebene ergeben. An den aktuell geplanten Standorten weite sich der Bereich Richtung Ausgang etwas auf, so dass wartende Fahrgäste vor den Aufzügen kein Hindernis für die Längsrichtung darstellen würden. Ausgerichtet werden die Aufzüge parallel zur Fahrbahnkante; die Ecken werden noch gebrochen, so dass sie auch einsehbar sind. Schrägaufzüge seien extrem Platz raubend und können nur an Stelle von Fahrtreppen eingebaut werden.

Die letzte Prioritätenliste sei aus dem Jahr 2011 und werde derzeit überarbeitet bzw. verwaltungsintern abgestimmt. Die Verwaltung werde sie zu gegebener Zeit zum Beschluss vorlegen.

Warum die Maßnahme Lohsestraße nun vorgezogen wurde, könne er letztlich nicht sagen. Fakt sei jedoch, dass es sich um eine vergleichsweise einfache und übersichtliche Maßnahme handele.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Nippes uneingeschränkt zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung der Stadt Köln - den Einbau von zwei Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Lohsestraße zu planen, die Finanzierung sicherzustellen, die notwendigen Genehmigungen zu beantragen und die Planung zunächst bis zur Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung (Leistungsphase 3 HOAI) vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplanes 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV in Höhe von 300.000,00 EUR bei der Finanzstelle 6903-1202-5-7112, Hst. Lohsestr. - Einbau von Aufzügen, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2015.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.4 248. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2768/2015**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 248. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.5 Baubeschluss für den Einbau von Aufzügen in die Haltestelle Vingst mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2015 bei Finanzstelle 6903-1202-8-7114, Hst. Vingst - Einbau von Aufzügen
1788/2015**

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, fasst die als Tischvorlage verteilte Stellungnahme seines Amtes kurz zusammen und verweist auch auf den geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung.

BG Höing betont ergänzend, dass es sich hier um eine vollkommen realistische Kostenschätzung handele und er den hiesigen Ausschuss bitte, die Fachverwaltung in ihrer Auffassung zu unterstützen.

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann sagt dies zu und merkt darüber hinaus an, dass diese Maßnahme überfällig sei. Die Haltestelle Vingst sei derzeit nicht nur nicht barrierefrei sondern gehöre auch zu denjenigen, die am weitesten von möglichen Alternativen entfernt liege. Sie wünsche sich, dass hier nun im kommenden Jahr der 1. Spatenstich erfolge.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Kalk der Vorlage uneingeschränkt zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung der Stadt Köln, vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts, vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ nach dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen (KInvFG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung des Zuschussgebers eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns der Maßnahme - mit dem Einbau von Aufzügen in die Stadtbahnhaltestelle Vingst mit städtischen Gesamtkosten von rd. 5.927.000,00 Euro (Planungs- und Baukosten).

Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 1.100.000,00 Euro bei der Finanzstelle 6903-1202-8-7114, Hst. Vingst - Einbau von Aufzügen, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2015

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.6 Planung einer Lärmschutzwand am Baugebiet Josef-Kallscheuer-Straße in Köln-Sürth - außerplanmäßige Auszahlung im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel- Stadtbahn ÖPNV im Haushaltsjahr 2015 0254/2015

Auf Nachfrage des RM Hammer teilt Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, mit, dass sicherlich einiges an Grün entfernt werden müsse; die Verwaltung sei jedoch verpflichtet, entsprechende Ausgleichsmaßnahmen durchzuführen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Rodenkirchen der Vorlage uneingeschränkt zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Planung für den Neubau der Lärmschutzwand an der Josef-Kallscheuer-Straße in Köln-Sürth fest und beauftragt die Verwaltung die Finanzierung sicherzustellen und die Maßnahme bis zur Ausschreibung inklusive Leistungsphase 6 vorzubereiten.
2. Gleichzeitig beschließt der Rat zur Sicherstellung der Planungen eine außerplanmäßige Bereitstellung und gleichzeitige Freigabe von Zahlungsmitteln in Höhe von 115.000,00 EURO im Teilfinanzplan 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV –, in der Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen –,

bei der zu bildenden Finanzstelle 6901-1202-2-0220, Lärmschutzwand Kallscheuer-Straße, Haushaltsjahr 2015. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei der Finanzstelle 6901-1202-1-0320 Grunderneuerung Rampe Deutzer Brücke“ Haushaltsjahr 2015.

Die Maßnahme verstößt nicht gegen die Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung gemäß §82 der Gemeindeordnung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.7 Sanierung des Offenbachplatzes und Umgestaltung der umliegenden Straßen, hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 -Straßen, Wege, Plätze- bei der Umgestaltung der Straßen um das Opernhaus, Finanzstelle 6601-1201-1-1042 2953/2015

- Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss und in den Rat.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Fußgänger- und Radfahrerquerung Tel-Aviv-Straße und Perlengraben hier: Anfrage der FDP Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.09.2015, TOP 1.1 2838/2015

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens zur Durchführung des Weihnachtsverkehrs 2015 mündliche Nachfrage von RM Hammer in der Sitzung am 25.08.2015; TOP 4.9 2991/2015

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.3 Baumaßnahme Kämpchenshof hier: mündliche Anfrage der SE Wienke in der 11. Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.09.2015 3042/2015

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.4 Anfrage zum Stand der Grundstücksverhandlungen an der Brücke
Weinsbergstraße
1810/2015**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.5 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zum Sachstand zu den Bahnsteiganhebungen der Linie 13 aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 25.08.2015
2974/2015**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.6 Anforderungsampeln
hier: Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.09.2015, TOP 1.2
3082/2015**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Hammer bittet, diese in die Tagesordnung der nächsten Sitzung erneut aufzunehmen.

**6.7 Pilotversuch: Rechtsabbiegen bei Rot für Radfahrer?
hier: Anfrage der Gruppe Piraten zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.09.2015, TOP 1.3
3091/2015**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

**7.1 Stadtentwicklungskonzept Logistik (StEK Logistik) -
Teil 1: Analyse, Trends, Handlungsempfehlungen
Kurzfassung des Schlussberichts
2600/2015**

Die Mitteilung wurde zurückgezogen.

SE Blömer-Frerker nimmt Bezug auf S. 29/30 der Mitteilung und bittet bei der Überarbeitung den Begriff „bestehende Kapazitäten“ unter der Überschrift „Straße“ näher zu erläutern.

**7.2 Stadt und Handwerkskammer unterzeichnen Mittelstandsinitiative
2947/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.3 Luftreinhalteplan Köln - EU-Vertragsverletzungsverfahren NO2
2951/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Hammer bittet, die Mitteilung in die Tagesordnung der kommenden Sitzung erneut aufzunehmen.

**7.4 Planfeststellungsverfahren für den Bau einer Abstellanlage der KVB AG
für Stadtbahnfahrzeuge in Köln-Weidenpesch
3104/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Michel bittet die KVB nachdrücklich darum, die Kommunikation mit den Anwohnern aufrecht zu erhalten. Zudem möchte er von der Verwaltung noch nähere Erläuterungen zu den Fußgängerbeziehungen.

SE Vietzke schließt sich dieser Fragestellung an; die Mitteilung werfe mehr Fragen als Informationen auf. Zu seiner Verwunderung und Verärgerung seien die nun vorgelegten Änderungen von der Verwaltung nicht an den zuständigen Stadtentwicklungsausschuss herangetragen worden.

Frau Müller, kommissarische Leiterin des Bauverwaltungsamtes, führt aus, dass es sich hier um ein sog. Deckblattverfahren zwischen dem Vorhabenträger und der Genehmigungsbehörde handele, das noch andauere. Ob die Genehmigungsbehörde die Stadt Köln nochmals um Stellungnahme bitten werde, könne nicht abgesehen werden.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, teilt ergänzend mit, dass das Deckblattverfahren nicht die Änderung des Fußweges beinhalte sondern sich vielmehr mit den Ausgleichsflächen und Fragestellungen zur Bebauung auf dem eigentlichen Gelände beschäftige. Die Änderung der Fußgängerbeziehungen sei vielmehr auf Wunsch der Stadt eingebracht worden, da hiermit auch die Radwegführung verbessert wurde. Die Bezirksregierung sei nach Abwägung und ohne erneute Offenlage der Verwaltung in diesem Punkt gefolgt.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, bietet an, zur Klarstellung eine erläuternde Stellungnahme seines Amtes vorzulegen.

**7.5 Änderung des Bundesfernstraßengesetzes, Priorisierung Neubau Leverkusener Brücke
2631/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.6 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2015 3013/2015

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Frau Mauksch, Vertreterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, und Herr Höhn, Vertreter der KVB, beantworten diverse Detailfragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

7.7 ÖPNV-Bedarfsplan 2017 des Landes NRW hier: Bedarfsplan-Anmeldungen der Stadt Köln 3252/2015

RM Weisenstein ist erstaunt, dass die Anmeldungen nun erst in der Dezember-Sitzung des Regionalrates behandelt werden. Zudem könne er nicht nachvollziehen, warum die vollständige Liste bereits einen Tag nach dem internen Gespräch zwischen verkehrspolitischen Sprechern und Verwaltung in der Kölner Presse veröffentlicht wurde. Eine vorherige Information aller Ausschussmitglieder incl. der sachkundigen Einwohner und Bürger sowie eine Diskussion und Beratung in einer regulären Sitzung wäre wünschenswert gewesen.

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann stimmt dieser Aussage zwar grundsätzlich zu; für diejenigen, die nicht den ganz nahen Draht zur Verwaltung haben, sei dies sicherlich sehr unbefriedigend. Dennoch müsse man für die Vorgehensweise der Verwaltung Verständnis haben; diese habe dem Land die Anmeldungen sehr kurzfristig und schnell vorlegen müssen.

BG Höing spricht in diesem Zusammenhang den Mitwirkenden aus der Politik seinen Dank für die schnelle und konstruktive Zusammenarbeit aus.

RM Nessler-Komp kritisiert, dass hier keine Maßnahmen im Kölner Norden zum Zuge kommen.

RM Michel hingegen äußert sich lobend über die gute Vorarbeit von KVB und Verwaltung. Wichtig sei es nun, die politischen Vertreter im Regionalrat und im Landtag zu motivieren, Köln gut zu vertreten.

Dies wird von Frau Mauksch, Vertreterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, bestätigt. Die Verwaltung werde daher am 17.11. noch ein Gespräch mit den Kölner Vertretern des Regionalrates durchführen.

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann wirft abschließend die Frage auf, ob die Mitteilung in die Tagesordnung der nächsten Sitzung erneut aufgenommen werden soll. Die Verwaltung könne bis dahin ggf. nähere Ausführungen zu den einzelnen Maßnahmen machen.

RM Houben schlägt alternativ vor, die Maßnahmen in einem separaten Termin mit KVB und Mitgliedern des Verkehrsausschusses im Detail zu erörtern. Immerhin gehe es hier um ein Paket von 1 Mrd. € und einen Realisierungszeitraum von 20-50 Jahren.

Frau dos Santos Herrmann ist hiermit einverstanden und bittet die Verwaltung, diesen Vorschlag aufzugreifen.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Kreisverkehr Leuchterstraße/Dünnwalder Mauspfad Mündliche Anfrage der stellv. Vorsitzenden dos Santos Herrmann

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann berichtet, dass es am Kreisverkehr in Dünnwald Probleme mit den dort angebrachten Holzstelen (=Wegweisern) gebe und bittet die Verwaltung um weitere Veranlassung.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt dies zu.

8.2 Teilnahme des Baustellenmanagers an einer Sitzung des Verkehrsausschusses Mündliche Anfrage des RM Michel

RM Michel spricht die aktuell vielen Baustellen und Staus im Kölner Stadtgebiet an und bittet die Verwaltung um Mitteilung, ob der Baustellenmanager in einer der nächsten Sitzungen Rede und Antwort stehen könne.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass dies zwar grundsätzlich möglich sei. Ein konkreter Bedarf sollte jedoch schon vorhanden sein, da der Baustellenmanager durch die Teilnahme an einer Sitzung zeitlich sehr gebunden werde.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

gez. Susana dos Santos Herrmann

gez. Angela Krause

Susana dos Santos Herrmann
(Stellv. Ausschussvorsitzende)

Angela Krause
(Schriftführerin)